

unternehmen, bevor es in beiden Kirchen einen breiteren Konsens gebe. Ob es bis zur Synodaltagung im nächsten Februar gelingen wird, die in bezug auf die Frauenordination heftig verfeindeten Lager in der Church of England einander näherzubringen, ist fraglich. Im Fall einer endgültigen Entscheidung für die Priesterweihe von Frauen dürften sich die ohnehin großen *Spannungen* erheblich verschärfen, es könnte sogar zu einer *Spaltung* kommen.

Um Konsens angesichts erheblicher Unterschiede im Glaubensverständnis ist auch die Stellungnahme „The Nature of Christian Belief“ bemüht, die einem Beschluß der Generalsynode vom Februar 1985 entsprechend vom „House of Bishops“ ausgearbeitet wurde. An den Anfang des 39seitigen Texts stellen die Bischöfe ein sechs Punkte umfassendes gemeinsames Glaubensbekenntnis: Darin erklären sie ihre Zustimmung zum „apostolischen Glauben, den die Kirche von England empfangen hat und in dem sie lebt“. Sie bekennen sich zur Auferstehung Jesu Christi als einer „objektiven, gleichermaßen historisch und göttlichen Wirklichkeit“ und dazu, „daß in Jesus Christus, ganz Gott und ganz Mensch, die zweite Person der Heiligen Dreifaltigkeit inkarniert ist“. Auf die öffentlich geäußerten Zweifel Bischof Jenkins' an der Jungfrauengeburt und am leeren Grab, die im an-

glikanischen Kirchenvolk vielfach Entrüstung ausgelöst hatten, antworteten die Bischöfe mit der Feststellung, der Glaube an das leere Grab und an die Jungfrauengeburt drückten den Glauben der Kirche von England aus.

In den umstrittenen Punkten weniger bestimmt ist allerdings die den sechs Thesen folgende Erläuterung gehalten. Dort heißt es, bezüglich der Frage nach dem leeren Grab gebe es keine eindeutige wissenschaftliche Antwort: „Und die unterschiedlichen Ansichten, die es unter Gelehrten gibt, spiegeln sich im Denken einzelner Bischöfe wieder“. Eine ähnliche Formulierung findet sich im Abschnitt über die Jungfrauengeburt. Zur Lehrverantwortung der Bischöfe wird festgestellt, sie müßten den überlieferten Glauben schützen, ausdeuten und lehren; sie müßten aber auch „apostolische Pioniere“ sein. Bei allen seinen Äußerungen müsse ein Bischof darauf achten, nicht theologische Meinungen mit dem Glauben der Kirche gleichzusetzen.

Fragen nicht nur für Anglikaner

Bischof Jenkins, der an „The Nature of Christian Belief“ mitgearbeitet hat, dürfte sich auch in Zukunft schwer in die mit der Stellungnahme markierte Generallinie einbinden lassen. In ersten Äußerungen zum Text hielt er

seinen Amtsbrüdern vor, sie seien zu vorsichtig und defensiv vorgegangen und auch seine Wortmeldung in der Debatte der Generalsynode über den Bericht ließ erkennen, daß er seine Meinung in den umstrittenen Punkten auch weiterhin öffentlich zu vertreten gewillt ist. In den Reaktionen auf „The Nature of Christian Belief“ in- und außerhalb der Synode spiegelte sich ansonsten die notorische anglikanische Pluralität wider. Allerdings wurde durchgängig begrüßt, daß den Bischöfen eine solche Positionsbestimmung gelungen sei.

Der Bericht enthält Überlegungen, die auch über die Church of England hinaus Beachtung verdienen. Schließlich geht es dabei um Probleme, denen sich alle Kirchen stellen müssen, wollen sie sich nicht auf Fundamentalismen zurückziehen. Der Bericht weist darauf hin, daß in der Vergangenheit entscheidende Einsichten von denen gewonnen worden seien, die den Mut zum Fragen gehabt hätten. Christen sollten sich vor Kontroversen nicht fürchten, sondern anerkennen, daß diese eine positive Rolle spielen könnten. Die Kirche müsse Reife und gegenseitiges Vertrauen entwickeln, um dadurch die Hitze der Kontroversen überstehen zu können, ohne das Band der Liebe zu zerbrechen. Die Church of England dürfe solche Tugenden auch in den nächsten Jahren sehr nötig haben. U. R.

Frankreichs Zukunftsprobleme

Prognosen und Perspektiven des Planungsamts

Das französische Planungsamt ist in den letzten Jahren zu einem Studienzentrum geworden, das sich bevorzugt mit den großen Entwicklungstendenzen von Wirtschaft und Gesellschaft befaßt. Es werden keine fünfjährigen Wirtschaftspläne mit Investitions- und Produktionszielen mehr aufgestellt. Obwohl unmittelbar nach Kriegsende von dem ersten französischen Planungskommissar und späteren Initiator der Europapolitik Jean Monnet gegründet, hatte es lange Zeit die Aufgabe, als autonome staatliche Behörde in Zusammenarbeit mit Vertretern der Privatwirtschaft und der Gewerkschaften die großen Richtlinien für die wünschenswerte Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft und des Außenhandels zu entwickeln.

Obwohl „der Plan“ für die privaten Wirtschaftskräfte nie einen obligatorischen Charakter hatte und er lediglich die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung maßgebend beeinflussen sollte, bezeichnete ihn General de Gaulle noch fast zwanzig Jahre später als dringende nationale Verpflichtung, weil er darin ein Werkzeug zur Stärkung der Wirtschaftskraft seines Landes sah.

Vom „Plan“ zur „Prospektive“

Paradoxerweise blieb es einer sozialistischen Regierung vorbehalten, diesen in seiner bisherigen Form zu liquidieren. Als Mitterrand 1981 an die Macht kam, übertrug

er zwar die Verantwortung für das Planungsamt einem der tüchtigsten Köpfe des sozialistischen Lagers, *Michel Rocard*, dem der Titel des Staatsministers zudem noch eine besondere Autorität über die Fachminister gab. Als Übergangslösung arbeitete jener im Rekordtempo einen Interimsplan für achtzehn Monate aus. Darin erläuterte Rocard alle Maßnahmen, die er für den Erfolg des sozialistischen Experiments für unentbehrlich hielt. Sie wurden aber erst ergriffen, als Anfang 1983 nach drei Franc-Abwertungen die wirtschaftliche Katastrophe drohte. Rocard legte zwar auch noch einen neuen Fünfjahresplan vor. Dieser fand aber ebensowenig Beachtung. Aber keiner der Minister wollte sich seine Politik von einer kleinen Behörde vorschreiben lassen. Alle stellten ihre eigenen Pläne auf, natürlich ohne ausreichende Koordinierung. Das Planungsamt vermochte lediglich noch den Rahmen abzustecken für die finanziellen Verpflichtungen der Staatskasse zur Verwirklichung der von den verschiedenen Regionen vorgelegten fünfjährigen Entwicklungspläne, die sich im wesentlichen auf die Infrastruktur beschränkten.

Nachdem die Sozialisten die Planungsidee geradezu verleugnet hatten, war es kaum denkbar, daß die am 16. März 1986 an die Macht gelangte liberal-konservative Koalition den alten gaullistischen Gedanken wieder aufgreifen würde. Tatsächlich gibt es im wirtschaftlichen Bereich für einen nationalen Plan *kaum noch Spielraum*. Immer mehr grundlegende Entscheidungen werden von der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel getroffen. Hierzu kommt eine zunehmende internationale Verflechtung, die zusammen mit den offenen Grenzen alle Industriestaaten zu einer weitgehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Harmonisierung zwingt.

Deshalb widmet sich das Planungsamt jetzt bevorzugt der *Prospektive*, d. h. der langfristigen Vorschau. Wobei Prospektive nicht nur bedeutet, die wahrscheinlichen Entwicklungstendenzen zu ermitteln, sondern gleichzeitig auch auf die sich daraus ergebenden Gefahren hinzuweisen, damit der Lauf der Dinge rechtzeitig durch geeignete Reaktionen verändert werden kann. Die Planung im eigentlichen Sinn ist linear und statisch, die Prospektive dynamisch und evolutiv. Gleichzeitig verlagert sich das Schwergewicht von der Statistik auf den Menschen, von der Wirtschaft auf die Gesellschaft.

In diesem Geiste veröffentlichte das Planungsamt unlängst nach ausführlichen Beratungen in verschiedenen Expertengruppen Überlegungen über die voraussichtliche Entwicklung bis zum Beginn des kommenden Jahrhunderts. Diese *Vorschau* erschien zwar unter dem Titel: „Wie Frankreich gewinnen kann“ (Faire gagner la France, Hachette, Paris 1986, Collection Pluriel), aber schon in der Einleitung steht nicht zufällig die Frage, ob Frankreich und Europa am Ende angelangt sind. Die französische *Verflechtung mit Europa* zieht sich wie ein roter Faden durch diese Arbeit. Dies ist um so weniger überraschend, als Frankreichs westliche Partner mit ähnlichen Entwicklungstendenzen rechnen müssen und mei-

stens den gleichen gesellschaftspolitischen Problemen gegenüberstehen. Die französischen Erwartungen und Befürchtungen sollten daher jenseits der Grenzen gebührend zur Kenntnis genommen werden. 1945 stellte Monnet die Franzosen vor die Alternative: Modernisierung oder Dekadenz. Seinen Nachfolgern zwingt sie sich für die beiden kommenden Jahrzehnte erneut auf.

Kommunikation und Einsamkeit

Als besonders bezeichnend erweist sich der *Widerspruch zwischen der Vervielfältigung der Kommunikationsmittel und der wachsenden Einsamkeit der Menschen*, wohl nicht zuletzt dadurch bedingt, daß die Information ins Haus geliefert wird und anonyme Geräte an die Stelle des menschlichen Kontakts treten. Das Planungsamt weist auf die zunehmende Schwierigkeit hin, zusammenzuleben. Gewiß, die in Frankreich sehr deutliche Abkehr von den großen Städten mit entsprechender Belebung der Landgemeinden ist ein positives Phänomen. Zwischen 1945 und 1968 ging der Anteil der Einwohner der Landgemeinden an der Gesamtbevölkerung regelmäßig fühlbar zurück, seit 1975 ist dagegen ein immer deutlicherer Anstieg zu beobachten. Er bringt aber keine Belebung der früher üblich gewesenen lokalen Gruppen mit ihren menschlichen Verflechtungen, sondern eine Verstärkung des Individualismus.

Die *Anziehungskraft der Landgemeinden* ergibt sich in erster Linie aus dem Wunsch nach dem Einfamilienhaus, d. h. nach der sozialen Absonderung. Das Bedürfnis nach mehr Natur ist ein zweitrangiger Faktor. Das Einfamilienhaus darf kein Reihenhauseinwohner sein, sondern muß umzäunt als eigene kleine Welt auf dem Gelände stehen. Die Einfamilienhäuser dürften bald 60% der französischen Neubauwohnungen stellen. 60 bis 70 km von Paris entfernt blühen neuerdings fast verlassen gewesene Dörfer auf, weil sich dort Familien niederlassen, die es für tragbar halten, fünfmal in der Woche über 100 km zum und vom Arbeitsplatz zurückzulegen. Wie sollte dann noch Zeit für Soziabilität verbleiben oder, ganz bescheiden, für einen interessierten Blick auf den Nachbarn? Die Informatik dürfte mit der ermöglichten Dezentralisierung des Arbeitsplatzes bis zu einer neuen Form der Heimarbeit diesen Prozeß erleichtern und beschleunigen.

In Frankreich ist deutlich eine *Abkehr von den großen städtischen Ballungszentren* zu beobachten. Nutzen ziehen hieraus wenigstens noch die mittleren Städte mit rund 50 000 Einwohnern, die eine Aufwertung ihres Bildungswesens und eine kulturelle Aktivierung erleben, da ihre Einwohner noch mobilisierbar sind, im Gegensatz zu den neuen Eremiten im größeren Umkreis der Ballungszentren.

Die *Familie* ist zwar in Frankreich widerstandsfähiger geblieben als in einigen anderen europäischen Ländern, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland. Zahlreiche Meinungsbefragungen bestätigen das Bedürfnis der

Kinder, den Kontakt mit den Eltern aufrechtzuerhalten. Die Großfamilie wurde jedoch fast schon zur Ausnahmereischeinung und die Kleinfamilie zur Keimzelle der Einsamkeit. 1984 standen 42,9% der Frauen im Berufsleben gegenüber nur 38,9% 1970. Ebenfalls 1984 entfiel eine Scheidung auf vier Eheschließungen gegenüber 1:9 im Jahre 1970. Zwischen 1982 und 2000 dürfte die Zahl der Ein-Personen-Haushalte von 4,8 auf 7,2 Mio. steigen und diejenige der Zwei-Personen-Haushalte von 5,6 auf 7,1 Mio. Jede zehnte Person versicherte 1984, unter Einsamkeit zu leiden. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der subjektiv Einsamen um rd. 50% vermehrt. Für die Frauen verbindet sich der berufliche Aufstieg mit zunehmender menschlicher Isolierung. Ein Fünftel der weiblichen Führungskräfte lebt allein. Fast ein Drittel der Frauen und ein Achtel der Männer im Alter von über 55 Jahren führen einen Ein-Personen-Haushalt.

Gleichzeitig erfolgt eine *Verlagerung der sozialen Ungleichheiten*. Das größte Risiko wird für das kommende Jahrhundert in einer sich vertiefenden Kluft zwischen einer breiten, weitgehend egalitären Mittelschicht und den Ausgeschlossenen gesehen. In dieser zweiten Kategorie befinden sich alle diejenigen, die den Anforderungen eines wohl überspitzten Ausbildungssystems nicht gewachsen sind, ferner die Gastarbeiter und auch ein Teil der Rentner, weil die produktiven Kräfte die finanzielle Pensionslast in absehbarer Zukunft nicht mehr tragen können. Das Planungsamt glaubt, daß an die Stelle der in Frankreich traditionellen Forderung nach Gleichheit diejenige nach dem *Recht auf Verschiedenartigkeit*, d. h. auf Individualisierung, getreten ist. Man darf beinahe von einer *Tendenz des Individuums zur Emanzipation von der Gesellschaft* sprechen. Da das kollektive Fundament unverzichtbar ist, müssen jedoch Gegenkräfte in Bewegung gesetzt werden. Individuelle Freiheit und kollektive Organisation bleiben die Voraussetzung für eine erfolgversprechende Entwicklung. Bescheiden und realistisch stellen die französischen Beobachter fest, daß die neuen Formen der Solidarität noch zu erfinden bleiben.

Unterbeschäftigung und Überalterung

Der *Bevölkerungsschwund* sollte der gesamten westlichen Gesellschaft am stärksten zu denken geben. Einige Zahlen sind unüberhörbare Warnsignale. 1950 lebte ein Drittel der Weltbevölkerung in den entwickelten Ländern, 1975 noch ein Viertel. Im Jahre 2000 dürfte es nur noch ein Fünftel sein und 2025 ein Sechstel. Der Anteil Westeuropas an der Weltbevölkerung geht zwischen 1982 und 2000 von 9 auf 7% zurück. 1950 stand das bevölkerungsreichste europäische Land Großbritannien auf der Weltliste an 9. Stelle, heute ist es die Bundesrepublik Deutschland an 13. Stelle. 2025 wird es Frankreich sein, aber erst an 17. Stelle. Die Bundesrepublik Deutschland fällt auf den 31. Platz zurück. Wenn die französische Geburtenrate nicht wieder von 1,82 auf 2,1 Kinder pro

Frau ansteigt, wird die Bevölkerung auch dieses Landes ab 2015 stärker zurückgehen.

Frankreich steht inzwischen in besonders krasser Form bis zur Jahrhundertwende vor dem doppelten Problem der weiteren *Zunahme der berufsfähigen Bevölkerung* und einer schon klar zu erkennenden *Überalterung*. Bis zum Jahre 2000 bleibt die Altersklasse 20–59 Jahre mit rd. 53% der Gesamtbevölkerung ungefähr stabil. Die Altersgruppe bis zu 20 Jahren geht leicht zurück, während je nach der Fruchtbarkeitsquote der Anteil der Altersgruppe über 60 Jahren um 2–3 Punkte zunehmen wird. Infolge des allgemeinen Bevölkerungswachstums wird zwischen 1984 und 2000 die erwerbstätige Bevölkerung noch um 1,8–2,2 Mio. Personen zunehmen. Unter Berücksichtigung des weiterhin stärkeren Einstiegs der Frauen ins Berufsleben (45–47% im Jahre 2000 gegenüber 42,9% 1984) müßten jährlich zur Verhinderung der Zunahme der Erwerbslosigkeit 230 000–250 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die schon angedeutete Verlagerung der Bevölkerung von den großen Städten in die Landgemeinden könnte mit dem sich daraus ergebenden Mehrbedarf an Verkehrsmitteln, Dienstleistungen und Wohnungen zur Lösung des schwerwiegenden Beschäftigungsproblems beitragen. Der international angesehene französische Bevölkerungswissenschaftler *Alfred Sauvy* weist schon lange darauf hin, daß genügend Arbeitsplätze geschaffen werden können, sobald man Mittel und Wege findet, um den tatsächlich vorhandenen *Bedarfan Dienstleistungen* verschiedenster Art zu decken. Der Schritt von der Theorie zur Praxis ist nicht einfach.

Finanzierungsengpässe

Daß erst zu Beginn des kommenden Jahrhunderts mit einer Verringerung der erwerbsfähigen Bevölkerung gerechnet werden muß, ist ein schwacher Trost, denn gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen. Damit erhöht sich der Bedarf an beruflicher Fortbildung und Umschulung. Neben den steigenden Gesundheitskosten führt die *Überalterung* zu einem Mißverhältnis zwischen der Sparfähigkeit der Haushalte und ihrem Investitionsbedarf. Um die Lücke zu schließen, wäre eine bessere Anpassung des Erbrechtes und der steuerlichen Bestimmungen an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die demographischen Realitäten erforderlich. Das Planungsamt wendet sich mit besonderem Nachdruck gegen die Ausschaltung der älteren Personen aus dem Berufsleben. Die Gesellschaft könne es sich nicht erlauben, auf Arbeitskraft und Erfahrung der über 60jährigen zu verzichten. Die Überalterung müsse als Herausforderung aufgenommen werden, in der Erkenntnis, daß sich tiefgehende Veränderungen unserer Lebensweise und unserer sozialen Organisation nicht vermeiden lassen.

Sehr deutlich ist die Warnung vor der Kluft, die zwi-

schen der jetzigen Pensionierungspolitik und den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinschaft besteht. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Rentensystems mit der Möglichkeit der Pensionierung ab 60 Jahren würde bis zum Jahre 2000 eine Aufstockung der Beiträge um 50–80% erforderlich machen, sei es direkt, sei es über Steuern. Wenn man ohne Erhöhung der Beiträge die Renten im jetzigen Ausmaß aufrechterhalten will, muß das Pensionierungsalter um 7–9 Jahre heraufgesetzt werden. Bei gleichbleibendem Pensionierungsalter und Beitragsleistungen müßte eine Herabsetzung der jetzigen Sozialversicherungsrente von 50 auf 33% des letzten Lohnes erfolgen sowie eine Herabsetzung der globalen Rente einschließlich der Zusatzversicherungen von 75 auf mindestens 50%.

Diese negative Entwicklung kann durch eine starke Ankurbelung der Konjunktur und die entsprechende Verringerung der Erwerbslosigkeit nicht unerheblich verlangsamt werden. Bleibt jedoch die Erwerbslosigkeit auf ihrem jetzigen Stand, wären bereits bis zum Jahre 2000 entweder die Beiträge um 20% zu erhöhen, das Pensionierungsalter um 3 Jahre heraufzusetzen oder die Grundrente der Sozialversicherung von 50 auf 42% des Endlohnes zu verringern. Ein sehr wichtiger Faktor ist natürlich die Geburtenzahl. Die langfristigen Perspektiven würden sich in Frankreich grundlegend ändern, wenn der Geburtenatz von 1,8 auf 2,1 ansteige. Bei dem niedrigen Stand in der Bundesrepublik von rund 1,4 sind die Gefahren weit drastischer.

In Frage gestellt wird darüber hinaus der *Wohlfahrtsstaat*. Es ist nicht sicher, daß das voraussichtliche jährliche Wachstum der Sozialleistungen in festen Preisen um 3% zwischen 1985 und 1990 finanziert werden kann, denn es geht über das durchschnittliche Wachstum des Bruttosozialprodukts hinaus. Außerdem ist die Bilanz des Wohlfahrtsstaates alles andere als überzeugend. Trotz der erheblichen Mittel, die von den Sozialkassen verteilt werden, hat sich in den letzten Jahren die absolute Armut ausgebreitet (vgl. HK, Dezember 1984, 567). Es verbleibt ferner eine deutliche Ungleichheit der verschiedenen sozialen Kategorien gegenüber dem Tod, eine *höhere männliche Sterblichkeitsrate* – in Frankreich deutlicher als in den anderen Industriestaaten – und ein lückenhaftes Bildungswesen.

In den fünf größten westeuropäischen Ländern stieg zwischen 1957 und 1978 der Anteil des sozialen Bereichs im weitesten Sinne (Erziehung, Sozialversicherungen, Wohnungsbau und kollektive Einrichtungen) an den öffentlichen Ausgaben von 55 auf 65% bei einer gleichzeitigen Erhöhung des *Anteils der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt* von 26 auf 44%. Es stellt sich daher auch in Frankreich ernstlich die Frage nach einer Umkehr und hiermit zwangsläufig nach einer stärkeren persönlichen Verantwortung für das eigene Schicksal.

Die kontinuierliche Verlagerung der Arbeitskräfte von Landwirtschaft und Industrie auf den Dienstleistungssektor ist hinreichend bekannt. Es wäre aber ein Irrtum,

daraus auf eine gewisse Abwertung der Industrie zu schließen. Die Dienstleistungen stehen nämlich unmittelbar im Dienst der industriellen Produktivität und Konkurrenzfähigkeit. In der Tat gehört die Industrie zu den wichtigsten Auftraggebern des Dienstleistungsbereichs. Andererseits stellt jedermann fest, daß der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften laufend zurückgeht, eine immer *bessere Qualifizierung* benötigt wird und im Jahre 2000 auf den Arbeitnehmern eine vermehrte Verantwortung liegen dürfte. Niemand überprüft aber bisher einigermaßen genau, welcher Prozentsatz der Bevölkerung ausreichend geschult werden kann. Fragwürdig ist weniger die erforderliche Begabung als der Wille, die *Last der Ausbildung* auf sich zu nehmen.

Ungedeckter Bedarf, überholtes Verwaltungssystem

In den kommenden Jahrzehnten wird zweifellos die Arbeitslosigkeit eine moralische und politische Belastung der gesamten westlichen Welt bleiben. Es gibt keinen Ausweg, wenn die Arbeitnehmer auf der parallelen Verbesserung der Kaufkraft mit der Produktivität bestehen und nicht bereit sind, einen Teil des möglichen Kaufkraftgewinnes zur Verringerung der wöchentlichen Arbeitsdauer ohne direkten Lohnausgleich sowie zur Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung zu verwenden. Geschieht dies nicht, könnte sich Frankreich in zwei Lager spalten, mit einer eifrig erwerbstätigen Bevölkerung auf der einen Seite und einer sich ausdehnenden Gruppe marginalisierter Menschen, die auf die öffentliche oder private Hilfe angewiesen sind, auf der anderen Seite.

Daneben gibt die Befriedigung des tatsächlich vorhandenen Bedarfs dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine echte Chance. Die *Möglichkeiten des Dienstleistungssektors* sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Immer wieder hat *Alfred Sauvy* darauf hingewiesen, daß ein erheblicher Teil des Bedarfs der Gesellschaft unbefriedigt bleibt, weil entweder die Bereitschaft oder die organisatorischen Mittel fehlen, um zu seiner Befriedigung die unausgenutzten Arbeitskräfte zu mobilisieren.

Die ungenügende Expansion der im weitesten Sinne verstandenen sozialen Dienstleistungen einschließlich des Gesundheitswesens ist die Folge der schlechten Gewohnheit der meisten europäischen Länder, sich für die Finanzierung direkt oder indirekt auf die öffentliche Hand zu verlassen. Deren Mittel sind zwangsläufig beschränkt. Ein nicht kleiner Teil der auf diese Dienstleistungen angewiesenen Personen ist durchaus in der Lage, die Kosten zu übernehmen. Es bedarf *privater Initiativen und Finanzierungsquellen*, daneben aber auch eines flexiblen Arbeitsmarktes mit einer an die Leistungsfähigkeit realistisch angepaßten Sozillast. Es mangelt nicht an Lösungen, wohl aber an der unentbehrlichen, staatlich-bürokratischen Geschmeidigkeit. Es hat wenig Sinn, wie in Frankreich neuerdings gang und gäbe, von einer „dritten industriellen Revolution“ zu sprechen sowie von der In-

formatik Wunderleistungen zu erwarten, wenn man sich nicht gleichzeitig aus den Schlingen eines im 19. Jahrhundert entstandenen Verwaltungssystems herauslöst, ebenso wie aus der sozialen, noch klassenkampfbedingten Vorstellungswelt der Frühzeit des Kapitalismus.

In Rechnung zu stellen ist nicht zuletzt die *Veränderung der Lebensgewohnheiten*. Es erscheint den französischen Planungsexperten etwas gewagt und nicht sehr logisch, das Ende der Verbrauchergesellschaft anzukündigen, weil der Anteil der Ernährung an den Gesamtausgaben zurückgeht und die Versorgung der Haushalte mit den geläufigen Konsumgütern bis zum Videorekorder und Automobil vom Sättigungsgrad nicht mehr weit entfernt ist. Von der Vernachlässigung des unvorhersehbaren Einflusses der Innovationen abgesehen, darf man immerhin feststellen, daß das Streben nach höherem Konsum zur Befriedigung der individuellen Wünsche oder Ansprüche zum Wesen der menschlichen Natur gehört. Ob es sich hierbei um eine Waschmaschine oder eine Ferienreise handelt, ist psychologisch und auch wirtschaftlich belanglos. Nicht weniger fragwürdig erscheint das in Frankreich fast schon zum gesellschaftspolitischen Glaubensbekenntnis gewordene Bedürfnis nach mehr Information und Kommunikation. Diese Bereiche erstrecken sich nach großzügiger französischer Definition von der Zeitung über das Telefon und das Fernsehgerät bis zum Heimcomputer.

Ambivalenzen einer kommenden Freizeitgesellschaft

Berechtigter ist auch in bezug auf Frankreich die Frage, ob bzw. wie sehr wir einer *Freizeitgesellschaft* entgegensteuern. In den ersten zwanzig Nachkriegsjahren blieb die Zahl der global von der französischen Bevölkerung beruflich geleisteten Arbeitsstunden mit 44 Mrd. pro Jahr stabil. 1974 waren es nur noch 40 Mrd. und 1984 36 Mrd. Ein weiterer Rückgang auf 35 Mrd. wird bis 1990 für wahrscheinlich gehalten. Dann verfügen die erwachsenen Franzosen einschließlich der Rentner über eine Freizeit von 90 Mrd. Stunden. Daneben sind 70 Mrd. Stunden für die Hausarbeit, im weitesten Sinne verstanden, verfügbar. Durch die vermehrte Freizeit werden verschiedene Sparten des Dienstleistungssektors gefördert, z. B. Tourismus, Sport, Theater, Kino usw. Es gibt in Frankreich bereits mehr oder weniger genaue Statistiken über das *wirtschaftliche Gewicht der Kultur*. Man spricht auch von Freizeitindustrie. Sonderbarerweise macht sich aber das Planungsamt keine Gedanken über die möglichen Auswirkungen dieser Entwicklung auf die zur Befriedigung des Bedarfs der Gesellschaft notwendige globale jährliche Arbeitsmasse. Nach Ansicht durchaus zuverlässiger Sachverständiger könnte dadurch eine Umkehr der Tendenz ausgelöst werden, weil die für 1990 in Aussicht gestellten 35 Mrd. Arbeitsstunden nicht ausreichen.

Mehr Freizeit führt andererseits zur *Ausweitung der Ei-*

genproduktion der Haushalte. In dieser steigenden Eigenproduktion kann und muß man sogar eine Abkehr von der Industriegesellschaft sehen und eine Hinwendung zur Tauschwirtschaft, denn bei dem gegebenen niedrigen Pensionierungsalter, der Verlängerung der Lebensdauer und der Verringerung der Arbeitszeit übersteigt die Eigenproduktionskapazität zweifellos den Eigenbedarf. Man gelangt so an die Grenze wirtschaftlicher und sozialer Absurdität, die mit der folgenden lapidaren Behauptung des Planungsamtes offensichtlich wird: „Die Grenze zwischen dem Arbeitsleben und dem Leben außerhalb der Arbeit, die Trennung zwischen dem Wohn- und dem Arbeitsort wird durch die neuen Technologien in Frage gestellt. Mit einem Mikrocomputer ausgestattet, wird es nunmehr möglich sein, zu Hause zu arbeiten.“ Das Endergebnis ist die absolute Individualisierung des Daseins mit einer auf die Dauer unerträglichen Einsamkeit.

Bevor es soweit sein wird, dürften sich erhebliche *Gegenkräfte* bemerkbar machen. Ein internationaler Vergleich der im Jahresdurchschnitt geleisteten Arbeitsstunden läßt erkennen, daß die Länder mit dem höchsten Durchschnitt – Japan, USA und Schweiz – die niedrigste Arbeitslosenquote haben. Mit der Verringerung der jährlichen Arbeitsdauer steigt die Zahl der Arbeitslosen.

Die Grenze zwischen der Eigenproduktion der Haushalte und der Schwarzarbeit ist ökonomisch kaum zu ziehen und im Grunde genommen belanglos. Ausschlaggebend für den Wohlstand ist und bleibt das globale Arbeitsvolumen einer Gemeinschaft, sei es eine Genossenschaft, eine Nation oder eine Föderation von Staaten. Wenn sich Europa gegenüber Amerika und Japan behaupten will, darf es in der Freizeitgesellschaft nicht das ausschließliche Lebensideal sehen.

Frankreich, das sich noch vor kurzem fast als das Paradies der Frührentner betrachtete und sich den Luxus erlaubte, für ihren Unterhalt ebensoviel Geld aufzuwenden wie für die gesamte Erwerbslosenunterstützung, wird sich nach und nach des Widersinnes dieses Zustandes bewußt. Wenn einerseits die Ausbildungsfrist verlängert wird und andererseits die Lebenserwartungen steigen, reicht unter französischen Rahmenbedingungen die Produktion der 25- bis 60jährigen nicht mehr aus, um den von allen als selbstverständlich betrachteten Wohlstand zu sichern. Deswegen sucht die Regierung augenblicklich nach Mitteln und Wegen, um ihre Bürger zu ermutigen, nach Erreichung des 60. Lebensjahres möglichst lange weiter im Berufsleben zu bleiben. Man steht daher vor einer drastischen Umkehr, die alle Projektionen der französischen Gesellschaft für die nächsten Jahrzehnte als intellektuelle Spielereien entwerten dürfte.

Zu Modernisierung bereit

Neben den vom Planungsamt festgestellten eher ambivalenten Seiten erwarteter Zukunft, müssen auch einige wesentliche, positive Aspekte der wirtschaftlich-soziolo-

gischen Vorschau des französischen Planungsamtes herausgestellt werden. An die Spitze gehört die Erkenntnis, daß das Schicksal Frankreichs von demjenigen der *Europäischen Gemeinschaft* nicht mehr zu trennen ist. Kein Problem vermag in einem ausschließlich nationalen Rahmen gelöst zu werden, zumal alle europäischen Völker auf dem Wege in die Zukunft vor den gleichen Felsblöcken stehen, vor der schwerwiegenden Geburtenkrise, vor der technologischen Herausforderung und vor den gefährlichen Schwächen des Bildungswesens. Nicht alle europäischen Völker sind sich aber in gleichem Maße der sie bedrohenden Gefahren bewußt und nicht alle Regierungen machen sie genügend darauf aufmerksam.

Wahrscheinlich ist es Frankreichs große Chance, gegenüber seinen europäischen Partnern in der Bewußtseins-

bildung einen gewissen Vorsprung zu besitzen. Der überwiegende Teil seiner Bürger bedauert die zu niedrige Geburtenquote, selbst wenn daraus noch nicht die notwendigen individuellen Folgerungen gezogen werden. Sehr groß ist ferner die Bereitschaft, sich mit den neuen Technologien vertraut zu machen und in Grenzen finanzielle Opfer zu bringen, damit der Anschluß an den Fortschritt nicht versäumt wird. Die *Modernisierung des Produktionsapparates* gehört zu den zwingenden Aufgaben des Augenblicks und der kommenden Jahre. Schließlich lassen sich die Menschen immer weniger durch die Schalmeien der Kommunikationsapostel beeinflussen, denn sie fühlen mehr und mehr die sich ausweitende individuelle Vereinsamung, der sie sich entziehen wollen, ohne vorläufig einen Ausweg gefunden zu haben.

Alfred Frisch

„Der Kampf ums Recht ist zum Verteilungskampf geworden“

Ein Gespräch mit Hans F. Zacher über Verrechtlichung

Recht und Gesetzgebung drängen aufgrund der Verdichtung gesellschaftlicher Beziehungen und der dadurch notwendigen Fein- und Detail-Normen zur Überregulierung sowohl des öffentlichen wie des privatrechtlichen Bereiches. Wird Verrechtlichung zum Schicksal hochdifferenzierter Gesellschaft? Wie können Gegengewichte geschaffen werden? Wir sprachen darüber mit Hans F. Zacher, Professor für öffentliches Recht an der Universität München und Direktor des Max-Planck-Instituts für internationales Sozialrecht. Die Fragen stellte David Seeber.

HK: Verrechtlichung, Herr Professor Zacher, ist zunächst ein Schlagwort. Allerdings eines, das seit langem nicht nur die öffentliche, sondern auch die Fachdiskussion beschäftigt. Dahinter verbergen sich sicher vielfältige Prozesse. Was ist für Sie das Wesentliche?

Zacher: Es ist ein Problem. Und es ist ein Schlagwort. Es bringt Unbehagen zum Ausdruck. Immer wenn jemand, wie er meint, in irgendeiner Weise auf zu viel Recht stößt, spricht er von Verrechtlichung. Es ist ein negatives Schlagwort. Wer es braucht, hat eine Idealvorstellung davon, wieviel Recht und welche Art von Recht es geben soll. Wenn er dieses Idealmaß irgendwo verletzt sieht, dann spricht er von Verrechtlichung. Aber Verrechtlichung hat natürlich auch einen positiven Sinn. Über eine lange Periode der Neuzeit war die Ausdehnung und Stärkung von Recht Wert und Wohltat. Die Kritik richtet sich gegen die Wucherung – oder was man dafür hält.

HK: Aber weniger Recht kann ebenso furchtbar viel heißen wie zuviel Recht.

Zacher: Weniger Recht kann heißen weniger Gesetze, kann bedeuten weniger differenzierte und weniger genaue Gesetze, dafür mehr Generalklauseln. Es kann auch heißen weniger Gesetze im Zeitverlauf, also weniger neue Gesetzgebung und vor allem weniger Gesetzesänderung. Weniger Recht kann auch heißen weniger Richtersprüche. Es kann schließlich aber auch heißen weniger Ansprüche des einzelnen – gegen andere, vor allem gegen den Staat. Das sind alles Möglichkeiten einer gewissen Entflechtung. Umgekehrt sind damit auch schon die Symptome von Verrechtlichung angegeben: zu dichte Gesetze, zu differenzierte Gesetze, zu häufig geänderte Gesetze, zu viel richterliche Zuständigkeiten, zu viele Ansprüche.

„Wir zählen zu den Ländern mit dem ehrlichsten Rechtsgehorsam“

HK: Ist Verrechtlichung nicht sozusagen ein gerechtigkeitsimmanenter Prozeß, jedenfalls in komplexen Gesellschaften wie der unseren? Je mehr jeder sein Recht fordert und je mehr rechtlich geregelter sozialer Ausgleich, um so enger werden die Maschen des Rechts für den einzelnen wie für die Gesamtheit.

Zacher: Die Bezüge sind vielfältig. Fürs erste haben Sie ganz recht, daß es ein Streben nach Gerechtigkeit gibt,